

Wirbel um Gebete

Ein Gebetsraum für Muslime könnte in Berlin Schule machen

Jörg Oberwittler | fluter.de, 17.6.2008

Pause nach der sechsten Stunde im Diesterweg-Gymnasium im ehemaligen Arbeiterbezirk Berlin-Wedding. In der Ecke eines Flures breiten acht muslimische Schüler ihre Jacken aus, knien nieder zum Gebet. Neugierig beäugen Mitschüler/innen die ungewohnte Gottesanpreisung. Lehrer/innen werden durch die Menschentraube aufmerksam, holen die Schulleiterin. Die weist freundlich-bestimmt darauf hin, dass das Beten an der Schule unüblich sei.

Am nächsten Tag folgt ein Gespräch mit den betroffenen Schülern – viereinhalb Monate später die einstweilige Anordnung des Berliner Verwaltungsgerichts: Die Richter gestatten überraschenderweise einem der Jungen, einmal täglich in einer Pause oder Freistunde "das islamische Gebet verrichten zu dürfen". Sie berufen sich auf die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit, zu der eben auch die Freiheit auf Religionsausübung gehöre. Damit sind nicht nur am Diesterweg-Gymnasium sechzig Jahre Schulpraxis durcheinander gewirbelt. Die Schule als religiös neutraler Raum – das war einmal. Seit März darf der 14-Jährige in einem abgetrennten Zimmer, in dem Computer aufbewahrt werden, beten.

Nun herrschen Fassungslosigkeit und Sorge bei Berliner Schulleitern/innen. Die große Mehrheit kann die Entscheidung nicht nachvollziehen. Viele äußern sich moderat, wollen keine Schüler/innen provozieren, weitere Eilanträge einzureichen. Die hat es bis jetzt noch nicht gegeben. Doch das Verfahren in der Hauptsache und damit ein endgültiger Beschluss stehen noch aus. Die einstweilige Anordnung entfalte keine allgemeine Rechtskraft, erklärt ein Gerichtssprecher.

Muss Schule ein neutraler Raum bleiben?

"Wir tun in der Schule sehr gut daran, wenn wir uns mit dem Thema Religion im Unterricht auseinander setzen, aber auf die praktische Umsetzung verzichten", sagt Wolfgang Harnischfeger, Vorsitzender der Vereinigung der Berliner Schulleiter. Besonders in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil, wie Berlin-Neukölln, Kreuzberg und Wedding, befürchten die Direktoren/innen negative Konsequenzen für den Schulfrieden und den Integrationsgedanken. Was passiert, wenn zehntausende muslimische Schüler/innen ankommen und beten wollen? Müsste dann nicht auch Buddhisten/innen, Hinduisten/innen oder Konfuzianern/innen das Meditieren in der Pause erlaubt werden? Muslime bräuchten gar verschiedene Räume. Beten doch sowohl Sunniten, Schiiten und Aleviten getrennt, als auch Frauen und Männer. "Das möchte ich mal bitte realisiert sehen", sagt Schulleiterin Brigitte Burchardt vom Diesterweg-Gymnasium und zeigt sich über das Urteil sehr verwundert.

Immer wieder habe es einzelne Anfragen von muslimischen Schülern/innen gegeben. Im Gespräch konnte Burchardt alle überzeugen, dass Schule ein religiös neutraler Raum bleiben muss. Dass ein Schüler diesen Wunsch nun rechtlich erstritten hat, ist in Deutschland nach Auskunft der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ein einmaliger Fall.

Doch wer steckt hinter der Klage? Die Eltern lassen über ihre Rechtsanwälte verlauten, dass sie sich nicht äußern wollen. Über die Biografie des Jungen schweigt sich die Direktorin mit Hinweis auf den Schutz der Person aus. Ein Boulevard-Fotograf fängt den 14-Jährigen vor der Schule ab. Auf dem Foto, das eine große Berliner Boulevardzeitung abdruckt, schaut ein

Teenager mit traurigen Augen in die Kamera. In der Presse sickert durch, dass die Mutter aus der Türkei stammt und der Vater, ein gebürtiger Deutscher, zum muslimischen Glauben konvertiert ist. Die Eltern sollen einem konservativen Moscheeverein angehören.

Doch das Beharren auf einen Gebetsraum wird von der Mehrheit der Berliner Muslime gar nicht geteilt. "Es gehört nicht zu unseren Forderungen, dass es an Schulen Gebetsräume gibt, aber wir haben auch nichts dagegen", sagt Safer Cinar vom Türkischen Bund Berlin-Brandenburg. Zwar gebe es fünf definierte Zeiten für das islamische Gebet, die sich nach dem Stand der Sonne richten. Aber grundsätzlich bestehe die Möglichkeit, diese auch nachzuholen. "Streng genommen müssten die Christen sonntags zur Kirche. Aber trotzdem wird keiner exkommuniziert, wenn er das nicht macht", sagt Cinar. Zudem seien Gebetsräume an Schulen auch in islamischen Ländern nicht selbstverständlich, in der Türkei sogar verboten.

Wütende Briefe an die Schule

Mit dem Hauptverfahren wird frühestens Ende des Jahres gerechnet. Derzeit prüft der Berliner Bildungssenator die Urteilsbegründung und knobelt an einer Strategie. Schulleiterin Burchardt hat ihre eigene gefunden: Der Schüler muss sich fürs Gebet beim Lehrer melden, der den Raum aufschließt. Andere Schüler, die den gleichen Wunsch äußern, haben keinen Zutritt. "Das Recht hat nur der Einzelne erstritten", sagt Burchardt.

Eines zeichnet sich bereits ab: Der Fall schafft eher Intoleranz als Toleranz. Die Angst, dass eine strenggläubige Minderheit der Mehrheit ihre Glaubensgrundsätze aufdrängt, entlädt sich in wütenden Briefen an die Schule: "Sollen wir jetzt islamisiert werden?", "Ich werde mein Kind auf keinen Fall an diese Schule schicken", "Warum verwandeln wir nicht gleich die Schule in eine Moschee?" Aus dem Einzelfall ist in Berlin längst eine Grundsatzdebatte geworden.

Jörg Oberwittler ist freier Journalist in Berlin.